



29. April 2013

880

Bitte als A-Druck
verteilen

Saarland

Ministerium der Justiz

An den
Vorsitzenden des
2. Untersuchungsausschusses
der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages
Herrn Sebastian Edathy, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Saarbrücken, 29. April 2013

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
der 17. Wahlperiode

Ausschussdrucksache

462

Ihr Schreiben vom 11. März 2013, Az.: PA 27/5403f

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Bezug nehmend auf Ihr vorbezeichnetes Schreiben darf ich Ihnen mitteilen, dass die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister und deren Fachausschüsse bislang noch keine Beschlüsse zu der von Ihnen angesprochenen Thematik gefasst haben.

Gleichwohl befassen sich sowohl der Strafvollzugausschuss als auch der Strafrechtausschuss der Justizministerkonferenz - losgelöst von der Aufdeckung der Terrorgruppe „NSU“ - regelmäßig mit der Problematik des Rechtsextremismus.

Aktuelle Beispiele sind sowohl der Besuch des Strafrechtausschusses im Dezember 2012 im Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus (GAR) als auch die Beratungen des Strafvollzugausschusses in seiner Sitzung im Oktober 2012 bezüglich des Präventionsprojekts Violence Prevention Network und anderer Programme gegen Extremismus und Radikalismus.

Mit freundlichem Gruß

Anke Rehlinger

Die Ministerin
als Vorsitzende der Konferenz

